



HESSISCHER LANDTAG

04. 09. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Ganztagschulenausbau vorantreiben und Rechtsanspruch umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bis zum Jahr 2025, um das gelingende Aufwachsen von Kindern in Hessen zu unterstützen und Chancengleichheit voranzubringen. Ein solcher Rechtsanspruch gibt Eltern Planungssicherheit und wird die Wahlmöglichkeiten zwischen Halbtagschule und Ganztagschule stärken.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Konzeption vorzulegen, die berücksichtigt, welche rechtlichen, finanziellen und zeitlichen Umsetzungsschritte aus Sicht des Landes Hessen zur Schaffung und Erfüllung dieses Rechtsanspruchs notwendig sind.
3. Der Landtag stellt klar, dass die Umsetzung des Rechtsanspruchs nicht nur in einem quantitativen Ausbau bestehen darf, sondern mit einer Qualitätsoffensive verbunden sein muss. Angesichts des bestehenden Lehrermangels ist der künftige Lehrerbedarf für die Umsetzung des Rechtsanspruchs zu ermitteln.
4. Der Landtag lehnt "Schulgeld durch die Hintertür" qua Elternbeiträge für ganztägige Bildung ab. Damit alle Kinder gleiche Chancen erhalten, muss Bildung - von der Kita bis zur Hochschule bzw. zum Meisterbrief - gebührenfrei sein.
5. Der Landtag bedauert, dass die Landesregierung über keinerlei Erkenntnisse über den gesamten Investitionsbedarf für Sanierung, Neubau und Erweiterung im Bereich von Schulen verfügt und auch nicht beabsichtigt, diesen zu erfassen.
6. Der Landtag spricht sich für ein Landesinvestitionsprogramm für ganztägige Bildung aus, um die Schulträger beim Ausbau und der qualitativen Weiterentwicklung von ganztägig arbeitenden Schulen zu unterstützen.
7. Der Landtag erkennt an, dass der ganztägige Betrieb einer Schule mit mehr Leitungszeit verknüpft sein muss, und fordert die Landesregierung auf, Schulleitungen von ganztägig arbeitenden Schulen entsprechend ihrem Ganztagsprofil zu entlasten.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Stufenplan zur Erhöhung der Ressourcenkontingente der Schulträger vorzulegen, um diesen verlässliche Entwicklungsperspektiven für ihre Schulen aufzuzeigen.
9. Der Landtag spricht sich für eine zügige Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbots im Grundgesetz aus, um dem Bund Investitionen in die Schulen aller Schulträger zu ermöglichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 4. September 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel